

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Vollschekkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauschaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13698. — **Verlag in Leipzig,**
Tauschaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gelbte Kolonetzelle oder deren Raum 1.00 Mk., bei Plabvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gelbte Zelle 1.70 Mk. Reklame-Kolonetzelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Kritische Lage in Paris? Ein Bruch bevorstehend?

Die Nachrichten, die seit gestern aus Paris eingelaufen sind, geben von der Lage in Paris ein ganz anderes Bild als die gestrigen Meldungen. Sie deuten auf eine vollständige Ratlosigkeit im Obersten Rats hin. Schien es gestern so, als sei man auf dem besten Wege zur Verständigung, so ergibt sich aus den heute vorliegenden Meldungen, daß man anscheinend von einer Einigung noch ebensoweit entfernt ist, wie am Tage des Zusammentritts der Konferenz. Es klingt aus den Berichten ein starker Pessimismus heraus und es wird sogar die Möglichkeit eines Bruches angedeutet.

Der Sachverständigenausschuß hat seine Arbeiten beendet und deren Ergebnis dem Obersten Rat übermittelt. Die Sachverständigen haben auf Grund der ihnen gegebenen Richtlinien das Industriegebiet in 16 — nach einer andern Meldung in 13 — unteilbare Zonen, die nach ihrer Auffassung wirtschaftliche Einheiten darstellen, zerlegt. Sie konnten sich aber über den mehr oder minder starken Zusammenhang, der zwischen diesen Kernbezirken besteht, nicht verständigen. Zur Festlegung einer Grenzlinie sind die Sachverständigen darum nicht gekommen. Sie meinen, die Grenzlinie zu ziehen, sei Aufgabe des Obersten Rats selbst. Zwischen den Ministern sind inwieweit die Verhandlungen mit allem Eifer fortgesetzt worden, haben aber anscheinend zu keinerlei positivem Ergebnis geführt. War man gestern der Auffassung, daß die Rede Lloyd Georges vom Dienstag, in der er mit aller Schärfe den englischen Standpunkt vertreten hatte, nur für die Galerie bestimmt gewesen, während in Wirklichkeit der Weg zur Verständigung bereits geebnet sei, so zeigt sich jetzt, daß diese Darstellung unrichtig war. Es wird berichtet, daß Lloyd George zwar einige Zugeständnisse gemacht habe, doch seien diese so unwesentlich, daß sie gar nicht ins Gewicht fielen. Im übrigen halte der englische Ministerpräsident aber an dem in seiner erwähnten Rede eingenommenen Standpunkt fest. Andererseits halte auch Briand an seiner Auffassung fest. Es stehen sich also nach wie vor Englands und Frankreichs Meinungen vorläufig unversöhnlich gegenüber. Die italienischen Minister Bonomi und della Torretta sollen zwar alles aufgegeben haben, die Grundlage für eine Verständigung zu finden, doch sind alle ihre Bemühungen nach den bis jetzt vorliegenden Berichten gescheitert. Das bisherige Ergebnis der Besprechungen soll Briand in die Worte zusammengefaßt haben: „Wir sind vor einer Mauer angelangt, die nicht überbrückt werden kann.“

Ihren Höhepunkt hat die kritische Situation vorläufig damit erreicht, daß Lloyd George seine Abreise angekündigt hat. Angeblich macht die in London eingetroffene Antwort der Sinnfeiner seine Anwesenheit in London notwendig. Vermutlich treffen aber die Behauptungen das Richtige, die diesen angegebenen Grund nur als Vorwand bezeichnen, zumal aus London berichtet wird, daß die Sinnfeiner bereit seien, die Vorschläge Lloyd Georges mit einigen Vorbehalten anzunehmen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die für heute angekündigte Abreise einen weiteren Druck auf Frankreich ausüben soll. Vor der Abreise soll heute vormittag noch eine Sitzung des Obersten Rates stattfinden. Wie sich Briand nun verhalten wird, ist noch ungewiß. Heute vormittag findet ein französischer Ministerrat statt, der über die weitere Haltung Frankreichs entscheiden wird. Nach einer Meldung aus Paris soll in den dortigen politischen Kreisen die Meinung vertreten werden, daß der Ministerrat, ehe er die Verantwortung eines Bruches mit England auf sich nehme, den englischen Vorschlag anzunehmen werde. Diese Meldung erscheint jedoch wenig glaubwürdig, denn durch einen derartigen Beschluß würde das Ministerium Briand aufs schwerste erschüttert werden; wahrscheinlich würde dadurch sein Sturz herbeigeführt werden.

Wie angesichts der gegenwärtigen verworrenen Lage ein Ausweg gefunden werden soll und die Entscheidung getroffen werden könnte, ist vorläufig nicht zu erkennen. Im übrigen ist immer zu beachten, daß alle die vorliegenden Meldungen mehr oder weniger auf Vermutungen und Kombinationen beruhen. Es sind deshalb neue Überraschungen und unerwartete Wendungen keineswegs ausgeschlossen.

Auslegung der Verhandlungen.

Paris, 11. August. (U.) Die Sitzung des Obersten Rats, die Donnerstagnachmittag 5 Uhr stattfinden sollte, ist vertagt worden. Man ist der Ansicht, daß zunächst eine Einigung in offiziellen Besprechungen herbeigeführt werden muß, bevor die obersteinständige Angelegenheit vom Obersten Rat erledigt werden kann. — Lloyd George und Briand hatten Donnerstagnachmittag um 6 Uhr eine neue Besprechung im Hotel Crillon.

Paris, 11. August. (M. T. B.) Lloyd George und Lord Curzon verhandelten heute vormittag von 8½ bis 11¼ Uhr im Hotel Crillon mit Briand und Loucheur. Wie die Havas-

Agentur berichtet, ist in dieser Unterredung eine Einigung über die obersteinständige Grenzfrage nicht erzielt worden.

Die Sachverständigen haben ihren Bericht vollendet und ihn im Sekretariat der Konferenz niedergelegt. Er hat eine größere Anzahl autonomer sogenannter Inseln innerhalb des Industriebezirks festgesetzt, die als unteilbare Einheiten bezeichnet werden. Jetzt müßte zwischen den einzelnen Entlasten eine Grenzlinie gezogen werden. Diese Aufgabe sei nicht mehr technisch, sondern politisch und ethnographisch.

Die Nachricht der Havas-Agentur besagt, daß die Verhandlungen zwischen den englischen und den französischen Ministern von heute vormittag zur Erzielung einer Einigung über die beiden weit auseinandergehenden Standpunkte noch zu keiner Einigung geführt haben, jedoch fortgesetzt werden. Jedenfalls werde, wenn bis zum Abend keine Einigung sich ergebe, in der Nachmittags-Sitzung des Obersten Rates nicht über die obersteinständige Frage verhandelt, sondern in der Tagesordnung fortgeführt werden. Die Nachricht weist darauf hin, daß kein Grund zum Pessimismus vorhanden sei, da bei den Verhandlungen früherer Konferenzen sich ähnliche Krisenzustände gezeigt hätten, die immer zu einer vorübergehenden Lösung geführt hätten.

Bevorstehende Abreise Lloyd Georges.

London, 11. August. Die Antwort der Sinnfeiner auf die Friedensvorschläge wurden Chamberlain überreicht, der sie Lloyd George nach Paris übermittelte. — Reuters meldet aus Paris: Lloyd George fährt morgen nach London zurück. Seine Rückreise hängt mit der irischen Antwort zusammen.

Befürzung in Paris.

Berlin, 12. August. (Eigene Drahtmeldung der V. A.) Der Berichterstatter der Volkszeitung meldet aus Paris: Die erste Nachricht von der bevorstehenden Abreise Lloyd Georges hat, wie ich persönlich beobachten konnte, in französischen politischen Kreisen die Wirkung einer platzenden Bombe gehabt. Man scheint allgemein davon überzeugt zu sein, daß es sich um einen Bruch handelt, zumal schon gerüchtweise verlautet, die ganze englische Delegation werde mit Lloyd George abreisen. Ob und wann der englische Premierminister nach Paris zurückkehrt, hängt vermutlich von dem letzten Verständigungsversuch ab, der noch vor der Abreise Lloyd Georges unternommen werden soll. Von unterrichteter französischer Seite erfahre ich dazu, daß die Sachverständigen für Obersteinständige neue Weisung erhalten haben. Sie werden voraussichtlich morgen früh noch einmal zu einer Beratung zusammenzutreten. Briand wird morgen selbst noch eine Unterredung mit Lloyd George haben. Auf französischer Seite wird nicht verhehrt, daß man auf den letzten Einigungsversuch geringe Hoffnung setzt. Nach 7 Uhr verabschiedete sich die Nachricht, daß sich morgen vormittag ein französischer Ministerrat angeht werden ist, um eine Entscheidung über die weitere Haltung der französischen Hauptdelegierten herbeizuführen und daß der Oberste Rat deshalb auch morgen vormittag nicht tagen soll.

Unvereinbare Gegensätze.

Paris, 11. August. Ueber die Verhandlungen, die heute vormittag zwischen Lloyd George und Lord Curzon einerseits und Ministerpräsident Briand und Loucheur andererseits geführt wurden, um zu einer Entscheidung in der obersteinständigen Frage zu gelangen, berichtet die Agence Havas ferner: Auf englischer Seite sei man wenig geneigt, entgegenzukommen zu zeigen. Man halte sich an die Marini-Linie, die abgesehen von einigen Verbesserungen im wesentlichen den gleichen Grenzvorstoß enthalte wie die sog. Percival-Linie. Französischerseits glaube man im Gegenteil, daß eine derartige Grenzlinie für Polen gänzlich ungeeignet sei. Als die Verhandlungen gegen 11½ Uhr ihr Ende erreichten, sei man auf diesem Standpunkte angekommen. Es scheint also, daß der englische und der französische Standpunkt sich aufs neue scharf gegenüberstellen.

Keine deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 11. August. (Amstsch.) Verschiedene Blätter bringen heute eine Meldung der Chicago Tribune, daß unmittelbar geheime Verhandlungen zwischen Berlin und Warschau über Obersteinständige stattgefunden hätten, daß England einen Druck auf Deutschland und Frankreich einen Druck auf Polen ausgeübt habe, zu dem Zwecke, zwischen den beiden Ländern eine unmittelbare Lösung der obersteinständigen Frage herbeizuführen. Wie M. T. B. von einer militärischen Seite erfährt, entbehren alle diese Meldungen jeder Grundlage und sind völlig aus der Luft gegriffen. Der Reichsminister hat zu wiederholten Malen und zuletzt in seinem Interview vom 8. August mit dem Vertreter des Nuovo Giornale seinen Zweifel darüber geäußert, daß die Zuteilung Obersteinständens an Deutschland unabwendbar sei. Er hat ferner erklärt, daß die deutsche Regierung, wie dies bereits in der Note an die alliierten Mächte vom 1. April geschehen ist, bereit und willens ist, nach der Lösung der obersteinständigen Frage den wirtschaftlichen Ausbau Polens in jeder Weise zu fördern. Er hat aber ausdrücklich hervorgehoben, Voraussetzung hierfür sei, daß von polnischer Seite das Streben nach unrechtmäßigen Zielen fortfalle.

Der arme Hohenzoller.

Ein interessantes Dokument von der Not der Zeit ist der Freiheit zugestuft. Es berichtet von der Not eines Arbeitslosen. Allerdings eines ganz besonderen Arbeitslosen. Das Dokument, ein gedrucktes Formular, lautet folgendermaßen:

Hofmarschallamt
Seiner Majestät des Kaisers und Königs
Wilhelm II.

Haus Doorn, den 3. 8. 1921.

Bei den infolge der großen Not in unserm Vaterlande bereitwilligerweise hier täglich eingehenden zahllosen Gesuchen um Gewährung von Unterstützungen oder Darlehen ist es mangels ausreichender Schreibkräfte leider nicht möglich, jedes Gesuch handschriftlich zu beantworten. Das Hofmarschallamt sieht sich daher genötigt, den Weg der gedruckten Antwort zu wählen.

Von der geschickten Kollage haben Seine Majestät der Kaiser und Königin auch im vorliegenden Falle mit aufrichtigem Bedauern Kenntnis genommen. Die für derartige Zwecke verfügbaren Mittel sind aber längst aufgebraucht, und die Wirtschaft- und Wäluverhältnisse sind für die hiesige Verwaltung geradezu vernichtend, denn für 100 deutsche Mark gibt es durchschnittlich nur 4 holländische Gulden, so daß bei der auch in Holland herrschenden allgemeinen Teuerung von dem deutschen Gelde kaum das Notwendigste bestritten werden kann. Seine Majestät sind daher leider außerstande, die erbetene finanzielle Hilfe zu gewähren.

Es gibt also immer noch brave Untertanen, die sich in ihrer Not an ihren „Landesvater“ wenden, vielleicht auch geliebte Gemüter, die da meinen, daß ihre deutsche Treue, die sie dem Fürstling in Doorn bewahren, doch auch eine kleine klingende Ermunterung wert sei. Aber Wilhelm Hohenzollern denkt anders. Er will um seiner selbst willen geliebt werden und mag nicht, daß sich der schände Wammon zwischen ihn und sein Volk dränge und selbst wenn er anders wollte und wenn sein gutes Herz entscheiden dürfte, er könnte ja leider nicht, wie das Hofmarschallamt mit tränenden Augen feststellt.

Es geht ihm nämlich wirklich schlecht. Die unverkämte Gemeinbevölkerung von Doorn, die so gar keinen deutschen Respekt vor dem Gesalbten des Herrn hat, wagt ja sogar, den armen Fürstling, der nicht weiß, wie er auskommen soll, zur Steuer heranzuziehen. Und dabei hat Wilhelm doch auf die Auseinandersetzungen hin, die der preussische Staat mit ihm noch vorzunehmen hat, vom November 1918 bis Ende 1920 insgesamt nur lumpige 60 Millionen und 63 335 Mark vom preussischen Finanzministerium als Vorhut ausgezahlt erhalten. Er ist so knapp gehalten worden, daß er im August 1919, als er eine Summe, die zum Ankauf des Landgutes Doorn dienen sollte, nicht schnell genug erhielt, damit drohen mußte, andernfalls nach Deutschland zurück zu kehren! Welche Folgen eine Rückkehr nach Deutschland haben würde, brauche man ja nicht näher zu erörtern, das müßte den politischen Erwägungen des preussischen Staatsministeriums überlassen bleiben.“ Auf diese Drohung mit einem kleinen Hochverrat hin ist denn das Geld gezahlt worden. Der rechtssozialistische Finanzminister Dr. Südekum hat sich bereit, der Drohung vorzutun, die ihm offensichtlich einen rechten Schreck eingejagt hat. Schade, daß er den Herrn nicht die Probe aufs Exempel machen ließ. Ueber den Erfolg wäre uns nicht bange gewesen. Wie auch jetzt noch, obgleich die Reaktion seitdem erheblich erstarkt ist, Wilhelm der Schauspieler, eines „herzlichen Empfanges“ sicher sein könnte.

Undes wird dieser Nachweis, daß Wilhelm nur knapp 70 Millionen bekommen hat, seine deutschnationalen und deutschvolksparteilichen Verehrer und Anhänger sicherlich davon überzeugen, daß der Arme für notleidende Monarchisten in Deutschland wirklich keinen Pfennig übrig hat. Er muß ja nicht nur sich selbst, sondern auch noch eine ganze Schar von Söhnen erhalten, die doch nicht wie gewöhnliche Sterbliche ihren Lebensunterhalt durch Arbeit erwerben können.

Wie schlecht es dem Siebzigmillionär geht, das erkennt man aber erst in vollem Umfange, wenn man vergleicht, wie Wilhelm der Letzte zu leben gewohnt war, als er noch die Geschichte von 70 Millionen Deutschen in Grund und Boden reiten durfte. Besonders interessant ist es, die Lebenshaltung dieses „Durchhalters“, der immer wieder während des Krieges die Parole des Durchhaltens — für die andern — ausgab, während der bitteren Kriegszeit zu studieren. In dem schon von uns erwähnten Buch: Hohenzollern von Kurt Heinig teilt dieser über das seinerzeit viel besprochene Hamsterlager im Berliner Schloss folgende interessanten Angaben mit:

„Die Vorräte der Hofhaltung lagerten in den gewaltigen Küchenräumen des Alten Schlosses in Berlin, die seit dem Abfluge der großen Hoffestlichkeiten nach Ausbruch des Krieges nicht mehr in Benutzung waren. Für die Nachvorräte reichten diese Kellerhallen aber nicht aus. Deswegen wurden erhebliche Mengen davon in andern Räumen lose eingelagert. Für den gewöhnlichen Menschen war es wirklich im November 1918 in Berlin ein ungewöhnlicher Anblick, eine ganze Wohnung von mehreren Zimmern etwa 80 Zentimeter hoch mit bestem Weizenmehl vollgeschüttet zu sehen. Man muß sich vorzustellen versuchen, wie diese offen